



Ausschuss für Europa und Eine Welt

34. Sitzung (öffentlich)

25. September 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Nicolaus Kern (PIRATEN)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 – Haushaltsgesetz
2016**

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Einzelplan 02 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Einführungsbericht der Landesregierung

Staatssekretär Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) führt in den
Haushalt ein. Fragen werden noch nicht gestellt.

- 2 Nordrhein-Westfalen braucht Freihandel – Wachstumschancen von TTIP nutzen** **15**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8644
- Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/8644** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **ab**.
- 3 Schluss mit der Untätigkeit! Das Gesundheitsland Nordrhein-Westfalen muss das von der Ebola-Epidemie betroffene Westafrika unterstützen** **25**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7769
- Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/7769** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion **ab**.
- 4 Neuvergabe der Promotorenstellen** **30**
- Bericht der Landesregierung
- An den Bericht von Staatssekretär Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) und der Stellv. Geschäftsführerin Monika Dülge (Eine Welt Netz NRW e.V.) schließt sich eine Aussprache an.
- 5 Verschiedenes** **35**
- 5.1 Reiseplanungen des Ausschusses** **35**

a) **10. bis 12. Dezember 2015 nach Brüssel** **35**

b) **Große Ausschussreise im Frühjahr 2016** **35**

Der **Ausschuss stimmt** der **großen Ausschussreise im Frühjahr 2016** in den Kosovo und in ein weiteres Land des Westbalkans einstimmig **zu**.

5.2 Besuch des Ukrainischen Botschafters **35**

Werner Jostmeier (CDU) verweist auf den Besuch des Ukrainischen Botschafters Dr. Melnyk und regt an, ihn in den Ausschuss einzuladen. **35**

5.3 Informationen für Flüchtlinge in Landessprache **36**

AL Jürgen Hein (MBEM) nimmt Stellung zu der Anregung von Ilka von Boeselager (CDU). **36**

* * *

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 – Haushaltsgesetz 2016**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Einzelplan 02 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Einführungsbericht der Landesregierung

Vorsitzender Nicolaus Kern teilt mit, der Gesetzentwurf Drucksache 16/9300 sowie die Finanzplanung 2015 bis 2019 mit Finanzbericht 2016 des Landes Nordrhein-Westfalen – Drucksache 16/9301 – seien nach der ersten Lesung im Plenum am 3. September 2015 einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen worden, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolge.

Er gehe auch bei diesen Haushaltsberatungen davon aus, dass der Europausschuss zu der „Mittelfristigen Finanzplanung 2015 bis 2019“ – Drucksache 16/9301 keine Beratung vornehme.

Der Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Eine Welt erstreckte sich auf den Ergebnis- und Transferhaushalt des Einzelplans 02 – Ministerpräsidentin –, betreffe die Kapitel 02 030 Europa, Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt – sowie den Ergebnishaushalt Kapitel 02 110 – Vertretung des Landes bei der Europäischen Union. Der Erläuterungsband liege als Vorlage 16/3184 vor.

Im Hinblick auf den Beratungsfahrplan des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses, der als Abgabefrist für die Mitteilung von Beratungsergebnissen der Fachausschüsse den 20. November 2015 vorgegeben habe, sei heute die Einbringung durch den Staatssekretär in Vertretung von Ministerin Dr. Schwall-Düren vorgesehen. In der kommenden Sitzung am 23. Oktober 2015 würde dann der zweite Schritt der Befragung der Landesregierung stattfinden und am Freitag, den 20. November 2015, die abschließende Beratung und Abstimmung im Ausschuss.

StS Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) trägt vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich auch, dass Frau Dülge vom Eine Welt Netz bei uns ist. Ich darf zunächst Frau Ministerin entschuldigen. Sie wäre vor dem Hintergrund der aktuellen Informationen gerade heute sehr gerne im Ausschuss gewesen, aber parallel tagt der Bundesrat. Auch da stehen für Nordrhein-Westfalen

wichtige Entscheidungen an. Vor diesem Hintergrund bittet sie um Verständnis für die Entscheidung, heute das Plenum des Bundesrates wahrzunehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushaltsentwurf 2016 und die zusätzlichen Erläuterungen liegen Ihnen vor. Ein Blick auf das Ausgabevolumen macht sehr schnell klar, dass der Haushalt im Bereich Europa, Eine Welt und Internationales nahezu unverändert bleibt und die allermeisten Ansätze 1:1 überrollt worden sind – aus unserer Perspektive.

Ich möchte, mit Ihrem Einverständnis, Herr Vorsitzender, zunächst einige Bemerkungen zum Teil Europa machen. Der Entwurf sieht für 2016 Ausgaben in Höhe von insgesamt 2.948.100 € vor. Das sind etwa 123.000 € mehr als im Vorjahr. Dieses Mehr ergibt sich aus den Erhöhungen der Ansätze für Personalausgaben, für den zeitweiligen Einsatz von Beschäftigten des Landes in internationalen oder europäischen Institutionen sowie durch eine kleine Erhöhung der Mittel für den sogenannten Länderbeobachter.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsberatungen haben auch damit zu tun, dass Europa in einer Ausnahmesituation ist. Das hat vor allen Dingen etwas mit den Themen Flüchtlinge und Migration zu tun. Wir alle sind, glaube ich, froh darüber, dass auf europäischer Ebene auch in dieser Woche endlich nicht nur eine politische Debatte stattfindet, sondern auch erste wichtige Entscheidungen getroffen worden sind. Der Sondergipfel vor zwei Tagen, am 23., hat eine grundlegende Strategie zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge, die nach Europa kommen, beschlossen.

Nach den eher aus unserer Sicht enttäuschenden Verhandlungen der Innenminister vom Vortag, die – ich hoffe, Sie teilen diese Einschätzung – Europa vor eine Zerreißprobe gestellt haben, begrüßt die Landesregierung, dass die EU und die Mitgliedstaaten insgesamt 1 Milliarde € zusätzlich bereitstellen, damit syrische Flüchtlinge in den Nachbarländern des Bürgerkriegslandes besser versorgt werden. Richtig ist aus Sicht der Landesregierung auch, dass beschlossen wurde, die Flüchtlingshilfe für die Türkei in diesem und im kommenden Jahr auf insgesamt 1 Milliarde € aufzustocken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kommissionspräsident Juncker forderte jüngst in einer aus unserer Sicht bemerkenswerten Rede „mehr Union in der Europäischen Union“. Und das ist richtig. Aber es geht auch darum, dass wir eine europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik verfolgen, die auf dem Prinzip der Solidarität und unserer gemeinsamen Werte der Menschlichkeit gründet. Nicht mehr wird verlangt, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, eben auch nicht weniger.

Zu dem Thema geäbe es aus meiner Sicht noch viel zu sagen, wobei Ihnen das Thema sicherlich genauso unter den Nägeln brennt wie der Landesregierung. Wir stehen aber auch vor weiteren Herausforderungen, die wir angesichts der Dimension mit Blick auf Flüchtlinge und Migration nicht hintanstellen lassen dürfen. Auch die Bekämpfung der hohen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohenden Jugendarbeitslosigkeit muss weiter vorankommen. Lösungen brauchen wir auch

für eine europäische Energiewende wie auch für die zukünftigen Handelsbeziehungen – auch das ist gleich Thema in der weiteren Beratung. Auch die Fortentwicklung der Digitalen Agenda ebenso wie die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise drängen.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen hierauf eine gemeinsame Antwort finden, um sich fit zu machen für die Zukunft, aber auch, um ihrer Verantwortung in der Welt gerecht zu werden. Ich erinnere an das hier gelegentlich zitierte Buch, warum Nationen scheitern. Das, was die Europäische Union in den letzten 60 Jahren stark gemacht hat, war der inklusive Ansatz. Und diesen inklusiven Ansatz, meine Damen und Herren, glauben wir weiter verfolgen zu sollen. Das gilt für die Funktion als Vorreiter für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit und eben auch als konstruktiver Akteur bei der Bewältigung von geopolitischen Krisen.

In Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichster Region der EU, das durch seine zentrale Lage in vielerlei Hinsicht privilegiert ist und enge freundschaftliche Beziehungen mit seinen europäischen Nachbarregionen unterhält, bilden sich europäische Entwicklungen, Chancen und Risiken in vielerlei Hinsicht wie unter einem Brennglas ab. Das ermutigt uns, auch 2016 uns in europäische Diskussions- und Entscheidungsprozesse einzubringen, Impulse zu geben und Entwicklungen konstruktiv zu begleiten: durch unsere Arbeit in Brüssel ebenso wie in Berlin und Düsseldorf, sei es im Ausschuss der Regionen, im Bundesrat oder in permanenten Gesprächen mit den Entscheidungsträgern im Bund oder in den europäischen Institutionen. Politische Leitlinie sind dabei die Interessen des Landes und seiner Menschen, aber auch das Ziel der Schaffung einer immer engeren politischen Union.

Dabei werden wir einen wichtigen Schwerpunkt auf die Debatte über die großen Zukunftsfragen der Europäischen Union legen, nämlich wie schaffen wir Europäerinnen und Europäer gemeinsam eine gerechtere, solidarischere, sozialere, nachhaltigere und leistungsfähige Europäische Union?

Gleichzeitig werden wir die Dossiers weiterverfolgen, die weniger öffentlichkeitswirksam für die Zukunft des Landes, politisch aber von hoher Bedeutung sind. Hier will ich Ihnen einige Beispiele nennen: Welche Folgerungen ergeben sich aus der Umsetzung der europäischen Struktur- und Investitionspolitik in Nordrhein-Westfalen? Wie können hieraus Lehren für die Zukunft gezogen werden? Eine Frage, die an Bedeutung gewinnt, je näher der Zeitpunkt der „midterm-review“ rückt.

Eine weitere Frage: Wie können die Interessen des Medienlandes Nordrhein-Westfalen im Digitalen Binnenmarkt verwirklicht werden? Schließlich auch: Wie können die Einrichtungen der kommunalen öffentlichen Daseinsvorsorge in Europa zukunftssicher gemacht werden? Diesen und anderen Fragen werden wir uns auch im kommenden Jahr zuwenden müssen, um mithilfe geeigneter Formate unseren Positionen an den drei Standorten Brüssel, Berlin und Düsseldorf Gehör zu verschaffen.

Zur vertieften Bearbeitung von Themen mit besonders hoher politischer oder grundsätzlicher Bedeutung werden wir uns auch in Zukunft wissenschaftlicher Unterstützung bedienen. Wir werden daher auch im Jahre 2016 unsere Zusammenarbeit mit der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf fortsetzen und einen Expertenrat einberufen, um wichtige Einzelthemen aufzuarbeiten und die Ergebnisse für unsere Arbeit zu nutzen.

Auch werden wir weiterhin Europa ins Land tragen. Dazu werden wir im nächsten Jahr an der Umsetzung der Strategie für die europapolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und am Leitprogramm „Europaaktive Kommunen“ weiterarbeiten. Darüber hinaus werden wir den intensiven Dialog mit den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden fortführen. Die Kommunen, die Schulen, insbesondere unsere Europaschulen sowie Multiplikatoren der europapolitischen Bildungsarbeit wie die Europa-Union, die Jungen Europäischen Föderalisten und andere sind für uns wichtige Ansprechpartner. Hieraus resultieren Aktivitäten wie die Auszeichnung „Europaaktive Kommune“, die Netzwerktreffen europa-politischer Akteure, Angebote für die Europaschulen und die Europa-Woche sowie die turnusmäßigen Gespräche unserer Ressorts mit den kommunalen Europa-Beauftragten und den kommunalen Spitzenverbänden.

Wir erreichen die Bürgerinnen und Bürger am besten in den Kommunen, mit denen wir bereits eng zusammenarbeiten. Denn sie haben Erfahrungen bei der Durchführung von niedrigschwelligen, interkulturellen Veranstaltungs- und Begegnungsformaten – sei es durch Bürgerbegegnungen, Schüleraustausch oder EU-Projekte, und sie verfügen über entsprechende Kontakte.

Ende Oktober wird Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft die Auszeichnung „Europaaktive Kommune 2015“ zum dritten Mal vergeben. Damit wird gleichsam der Startschuss vergeben für die nächste Auszeichnungsrunde 2016. Bewerbungsschluss dafür ist der 9. Mai. Ich würde mich freuen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, wenn Sie in Ihren Wahlkreisen auch in diesem Jahr einen Anstoß zur Teilnahme an dem Wettbewerb geben würden. Ich biete gerne an – ich habe gerade der Jury vorgesessen, die die Auszeichnungen für 2015 ausgesprochen hat –, dass ich im Detail noch einmal die Obleute informiere, vor welchen Herausforderungen wir insgesamt auch hier stehen.

2016 werden wir im Dialog mit den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden prüfen, wie die Auszeichnungen, die 2018 ihre Gültigkeit verlieren – sie werden auf fünf Jahre vergeben –, fortgesetzt werden können. Mir ist dabei wichtig, dass sich die Kommunen europapolitisch weiterentwickeln und sich dann mit diesen zusätzlichen Qualifikationen für eine erneute Auszeichnung bewerben. Es zeigt sich, dass das Netzwerk der europapolitischen Kommunen, auch die Netzplattform, die wir aufgebaut haben, hier wirklich wichtige Impulse liefern.

Im Rahmen unseres Konzeptes zur europäischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit werden wir auch 2016 wieder Netzwerktreffen europapolitischer Multiplikatoren veranstalten. Um dabei möglichst viele Interessierte zu erreichen, werden wir dieses Format in allen fünf Regierungsbezirken durchführen.

Meine Damen und Herren, die Verankerung von Europakompetenzen als Querschnittsthema im schulischen Alltag ist und bleibt ein wichtiges Anliegen, ganz besonders angesichts der aktuellen Entwicklungen und daraus resultierender Vorbehalte gegenüber Europa. Wir werden daher weiterhin die Arbeit der Europaschulen fördern. Es ist eine wirklich erfreuliche Nachricht, dass wir im Dezember dieses Jahres voraussichtlich weitere acht neue Schulen zertifizieren können, so dass die Zahl der Europaschulen weiter wächst. Die Rezertifizierung der Europaschulen wird im Jahre 2016 ebenfalls fortgesetzt. Wir werden die Europaschulen weiterhin durch Veranstaltungs- und Informationsmaßnahmen, u.a. durch eine jährlich stattfindende Netzwerktagung, in ihrer Arbeit unterstützen.

Geplant sind neben Bildungsangeboten für Schülerinnen und Schüler und Lehrer fortbildungsangeboten auch Maßnahmen zur Gewinnung von mehr Praktikumsplätzen im Ausland. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um mich bei allen zu bedanken, die diese Europaschulen zu einer großartigen Erfolgsgeschichte machen. Das sind vor allem Lehrerinnen und Lehrer, die vielfältige Herausforderungen zu meistern haben.

Um das Europaschulprofil noch bekannter zu machen, werden wir in den nächsten Wochen eine Informationskampagne starten, die alle Regierungsbezirke umfasst und auch im Jahre 2016 fortgesetzt wird. Uns ist wichtig, möglichst viele Schulen in NRW auf das Europaschul-Konzept aufmerksam zu machen und die Bedeutung des Engagements und die Wirkung einer Europaschule herauszustellen.

Viele Multiplikatorinnen und Multiplikatoren identifizieren sich stark mit der Europa-Woche und fokussieren einen erheblichen Teil ihrer Aktivitäten auf diesen mittlerweile gut eingeführten Zeitraum Anfang Mai. Im nächsten Jahr wird die Europa-Woche vom 30. April bis zum 9. Mai stattfinden. In diesem Herbst werden wir wieder einen Wettbewerb starten, um in der Europa-Woche 2016 innovative und öffentlichkeitswirksame Projekte zu prämiieren. Wichtige europäische Themen können so im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern aufgegriffen und in Projekten umgesetzt werden. 2015 wurden auf diese Weise 45 Projekte mit einer Gesamtsumme von insgesamt 72.000 € ausgezeichnet.

Nicht überraschend ist, dass ein besonderer Schwerpunkt der Beziehungen des Landes mit den EU-Mitgliedstaaten auch im kommenden Jahr die Zusammenarbeit mit Polen, Frankreich und mit den Benelux-Ländern sein wird. Im Vordergrund unserer Zusammenarbeit mit Polen und Frankreich stehen die Beziehungen zu unseren Partnerregionen Nord-Pas de Calais und Schlesien – Sie wissen, dass ab Januar nächsten Jahres durch die Reform in Frankreich Nord-Pas de Calais gemeinsam mit der Picardie eine neue Verwaltungseinheit bilden wird –, zum einen bilateral und zum anderen im Rahmen des regionalen Weimarer Dreiecks.

Bei unserer trilateralen Zusammenarbeit haben wir drei Kooperationsfelder herausgebildet: wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer und kultureller Strukturwandel in unserer Region, Jugendmobilität sowie gemeinsame Kulturprojekte.

Nachdem wir in diesem Jahr im November Gastgeber der Gespräche zur wirtschaftlichen Nutzung von umgewandelten ehemaligen Industrieanlagen sein wer-

den, werden wir im nächsten Jahr Gastgeber für den 16. Deutsch-Französisch-Polnischen Jugendgipfel sein. Das ist ganz sicherlich im Zeichen der europäischen Herausforderungen ein auch für Sie sehr wichtiges und spannendes Ereignis im nächsten Jahr.

2016 jährt sich der Deutsch-Polnische Nachbarschaftsvertrag zum 25. Mal. Bundesweit wird dieses Jubiläum unter dem Motto „25 Jahre gute Nachbarschaft – Zeit für gemeinsame Verantwortung“ stehen. Wir werden aus diesem Anlass den Richeza Preis, der besondere Bemühungen um das deutsch-polnische Verhältnis honoriert, ein drittes Mal vergeben. Dabei gehen wir im nächsten Jahr einen neuen Weg. Wir werden nicht wie in der Vergangenheit einen Preis vergeben, sondern wir wollen viele gute, zivilgesellschaftliche Projekte im ganzen Land finanziell unterstützen. Wir sind davon überzeugt, dass wir damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im kommenden Jubiläumsjahr leisten werden.

Auch mit anderen Ländern der EU werden die guten internationalen Beziehungen des Landes weiter gepflegt. So bietet der 70. Geburtstag Nordrhein-Westfalens viele Gelegenheiten, an die „Operation Marriage“ und damit an die guten historischen Beziehungen zu Großbritannien zu erinnern.

Selbstverständlich – das ist für Sie keine Überraschung – sind die Beziehungen Nordrhein-Westfalens zum Benelux-Raum ein wichtiger Schwerpunkt der Zusammenarbeit. Die 2013 verabschiedete Benelux-Strategie der Landesregierung hat hier neue und nachhaltige Impulse gegeben. Wir werden unsere Zusammenarbeit mit den Zentralregierungen der Benelux-Staaten, aber auch mit der dezentralen Ebene in Belgien und den Niederlanden fortführen und ausbauen. Wir freuen uns, dass unser Engagement auch in unseren Nachbarländern wertgeschätzt wird und wir damit Beispiel geben. So haben auch die niederländischen Grenzprovinzen ihre internationale Ausrichtung verstärkt und ihre Strategien zur Internationalisierung ihre Arbeit verabschiedet.

Ich finde, ein sehr bemerkenswerter und begrüßenswerter Baustein dieser Strategie ist die Entsendung eines eigenen Ansprechpartners nach Nordrhein-Westfalen. So hat ein Vertreter der Provinz Gelderland in diesem Monat seine Arbeit im Niederländischen Generalkonsulat aufgenommen. Andere Provinzen, meine Damen und Herren Abgeordnete, werden Anfang nächsten Jahres folgen. Auch das wird unsere Zusammenarbeit auf eine – davon sind wir überzeugt – neue qualitative Ebene, insbesondere mit unseren niederländischen Partnern und Freunden, führen.

Wir führen auch Gespräche mit der niederländischen Regierung über die Fortsetzung der Zusammenarbeit, insbesondere was die grenzüberschreitende Zusammenarbeit anbelangt. Ich nenne die Stichworte Anerkennung von Diplomen, insbesondere im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher sowie im Pflegebereich. Als Erfolg verbuchen wir, dass seit Februar 2015 eine Berufsschule in Nimwegen in Kooperation mit Krankenhäusern in Kleve, Münster, Leuven und Mechelen eine euroregionale Ausbildung von Pflegekräften anbietet.

In Belgien können wir auf besonders enge Beziehungen zu Flandern bauen. Nicht zuletzt, da Flandern in seinem Koalitionsvertrag die Zusammenarbeit mit NRW als einen Schwerpunkt in seiner Legislaturperiode definiert hat. Auch das ist ein schöner Erfolg dieser gemeinsamen, sehr intensiven Arbeit, die sich hier ausdrückt.

Mit den Kolleginnen und Kollegen aus Flandern haben wir bereits eine Arbeitsliste erstellt, die breit gefächert ist. Dort finden sich die Kooperation im Verkehrsmanagement zur Verhinderung von Staus ebenso wieder wie die Zusammenarbeit im Chemiebereich oder auch der Erfahrungsaustausch zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund – ganz aktuell auch die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Auch mit der Wallonie werden wir die Kooperation verstärken.

Die Benelux-Union wird auch im Jahre 2016 ein wichtiger Partner unserer Zusammenarbeit mit dem Benelux-Raum sein, da wir dadurch die bilateralen Kooperationen mit den Benelux-Ländern ergänzen können. In diesem Rahmen findet dann auch die Zusammenarbeit mit Luxemburg statt.

Die Unterstützung der Euregios – für uns wichtige Partner in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – setzen wir auch im Jahre 2016 fort. Als Experten vor Ort arbeiten wir eng mit ihnen zusammen, so zum Beispiel beim Aufbau der Grenz-Info-Punkte, die eine einheitliche Beratungsstruktur für Grenzpendlerinnen und Grenzpendler gewährleisten. So weit zum Kapitel Europa.

Wenn Sie einverstanden sind, Herr Vorsitzender, fahre ich gleich fort und rufe den Bereich „Internationale Angelegenheiten und Eine Welt“ auf. Der Entwurf zum Haushaltsplan 2016 bedeutet in diesem Bereich vor allem eines: Die Landesregierung sorgt mit dem vorliegenden Entwurf für Kontinuität in den Bereichen Internationale Beziehungen und Eine-Welt-Politik. Die für unsere Arbeit in diesen beiden Feldern, den Kapitelgruppen 02 010 und 02 040, eingesetzten Mittel werden im Vergleich zum Haushaltsjahr 2015 komplett überrollt. Insgesamt 4,524 Millionen € sind 2016 für Internationale und Eine-Welt-Politik etatisiert – genauso viel wie im Vorjahr. Dass es uns gelungen ist, diese Summe zu halten, spricht für den hohen Stellenwert dieser Arbeit für die Landesregierung.

Im vergangenen Jahr hatte sich, wie sich aufmerksame Beobachterinnen und Beobachter – das sind Sie ja alle – erinnern werden, der Etat der Ministerpräsidentin für die Internationalen Beziehungen und Eine-Welt-Politik nominal um rund 1,42 Millionen € reduziert. Diese Reduzierung fand statt, weil die federführende Zuständigkeit und damit auch die entsprechenden Haushaltsmittel für das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) von der Ministerpräsidentin auf das Wissenschaftsressort übertragen wurde.

Die Arbeit der vergangenen Monate hat gezeigt, dass das DIE ausgezeichnet in die Wissenschaftspolitik des Landes integriert ist und in seinen Aktivitäten nach wie vor inhaltlich eng begleitet wird durch unsere Kolleginnen und Kollegen im MBEM, dem Staatskanzlei-Bereich. Das belegen zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen und Initiativen, die wir in diesem Jahr gemeinsam mit dem Institut realisieren konnten. Auch im nächsten Jahr planen wir Entsprechendes.

Im Folgenden möchte ich auf die internationalen Beziehungen des Landes in ausgewählten Schwerpunktländern und Regionen eingehen, zunächst China/Asien. Die Landesregierung wird die Beziehungen hier weiter pflegen. Besonders dynamisch ist der Austausch zum Beispiel mit der Volksrepublik China, dem mittlerweile zweitwichtigsten Handelspartner des Landes. Ganz sicher hat die gemeinsame China-Reise von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Wirtschaftsminister Garrelt Duin im Frühjahr dieses Jahres die bestehenden Kontakte weiter intensiviert. Darauf lässt sich gut aufbauen.

Wichtige Partnerländer werden aber auch Japan, die Türkei und – das sage ich ausdrücklich – Russland sein. Was den Austausch mit der russischen Föderation betrifft, gilt, dass wir trotz der schweren politischen Situation bestrebt sind, die Kontakte auf Arbeitsebene und im zivilgesellschaftlichen Austausch nicht abreißen zu lassen. Ebenso gilt aber: Ein „business as usual“ kann es derzeit nicht geben. Hier agiert die Landesregierung im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt.

Die Beziehungen zu Israel, zu den Ländern des Nahen Ostens spielen seit jeher in allen Regierungen des Landes eine besondere Rolle. Für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes und für die Organisation des Jugendprogramms mit Israel stehen im Kapitel 02 010 Titel 534 64 erneut knapp 300.000 € bereit. Die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zu Israel bedeuten einen steten Ausbau und eine weitere Intensivierung der nordrhein-westfälischen Kontakte in die Region.

Sie wissen, dass Ministerpräsidentin Hannelore Kraft aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland im August dieses Jahres Israel besucht hat. Wichtige Elemente der Beziehungen sind heute der Jugendaustausch sowie die Förderung von Nachwuchswissenschaftlern, aber auch die Fortentwicklung der Erinnerungskultur zwischen beiden Ländern.

Meine Damen und Herren, um Frieden und Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern zu fördern, haben auch die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung eine große Bedeutung. Deshalb unterstützt die Landesregierung auch weiterhin zivilgesellschaftliche Projekte, die die Lebenssituation in den palästinensischen Gebieten verbessern. Auch an dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass sich viele der arabischen Länder seit einigen Jahren im Umbruch befinden. In vielen Ländern haben Menschen aufgrund kriegerischer Auseinandersetzungen ihre Heimat verlassen, befinden sich auf der Flucht.

Die Aufnahme syrischer Flüchtlinge ist nicht nur für Nordrhein-Westfalen eine große Herausforderung. Kleine Länder wie der Libanon müssen sich viel komplexeren Gegebenheiten stellen. Daher wollen wir in Zukunft Ländern wie dem Libanon im Rahmen unserer Möglichkeiten helfen und sie unterstützen.

Stichwort Nord- und Südamerika: Zu keiner anderen Region außerhalb Europas verbindet NRW vergleichbare enge und tiefe Beziehungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft wie zu den Vereinigten Staaten und zu Kanada. Hier spielt das Amerika Haus, das sich mit den nordamerikanischen Gebie-

ten beschäftigt, eine wichtige Rolle. Auch die Beziehungen zu Lateinamerika sind seit dem 65. Lateinamerika-Tag des Lateinamerika Vereins im Oktober 2014 wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Sie wissen, es gibt und gab zahlreiche Kontakte, insbesondere zur Staatspräsidentin Chiles, die unter anderem Köln besucht hat. Hier sehen wir viele Potenziale im Bereich Wirtschaft und Wissenschaft. Nordrhein-Westfalen wird deshalb Partnerland der diesjährigen Deutsch-Chilenischen Wirtschaftstage sein, die Ende November dieses Jahres in Santiago de Chile stattfinden.

Zu Afrika – häufig Thema hier im Ausschuss – wird die Kooperation mit der GIZ ein wichtiger Baustein sein. Hierfür sind in dem entsprechenden Kapitel rund 1,3 Millionen € etatisiert. Unter anderem wird das seit 2012 erfolgreich laufende Projekt in Kumasi in Ghana auch im Jahre 2016 fortgesetzt.

Mit Blick auf das Thema Gesundheit werden wir die Erneuerung der Müllverbrennungsanlagen des städtischen Krankenhauses von Kumasi mit finanzieren.

Entwicklungspolitische Aktivitäten im Inland/Standort Bonn: Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die entwicklungspolitische Inlandsarbeit, die wir auf die Umsetzung unserer Eine-Welt-Strategie ausgerichtet haben, von der künftig aber auch wichtige Impulse zur Umsetzung der neuen Sustainable Development Goals (SDJs) der Vereinten Nationen, ausgehen soll. Das Programm „Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit NRW“ bietet nordrhein-westfälischen Kommunen Anreize zu entwicklungspolitischem Engagement und unterstützt sie bei ihren entsprechenden Aktivitäten. Hierbei konzentriert sich die Förderung insbesondere auf die Bereiche kommunale Entwicklungspartnerschaft und Durchführung entwicklungspolitisch relevanter Projekte im Ausland.

Mit dem Programm „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ fördern wir entwicklungspolitische Bildungsarbeit nordrhein-westfälischer Eine-Welt-Gruppen und Nicht-Regierungsorganisationen, die angesichts der SDJs, die derzeit in New York beraten und verabschiedet werden, von zunehmender Bedeutung sein werden. Zugleich ist das Programm eine wichtige Komponente in der Umsetzung der Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Das Promotorenprogramm, vielfach hier diskutiert, ist natürlich der zentrale Baustein. Sie werden verstehen, dass wir hier weiter Akzente setzen werden.

Noch einige wenige Bemerkungen zur Entwicklung der Bundesstadt Bonn als Standort internationaler Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen und Standort der Vereinten Nationen: Hier werden wir weiter einzelne Maßnahmen unterstützen. Dazu zählt vor allem die Förderung einzelner Veranstaltungen oder Projekte. 2016 wird der internationale Standort Bonn unter dem Motto „20 Jahre Vereinte Nationen“ in Bonn stehen. Maßnahmen werden daher besonders auf diesen Aspekt ausgerichtet sein.

Es spielt jetzt nicht in diesem Kapitel eine Rolle, aber ich will nachrichtlich sagen, dass die Liegenschaft der ehemaligen Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Bonn zukünftig internationalen Einrichtungen und Nicht-Regierungsorganisationen zugänglich gemacht werden soll. Damit soll es einen strukturellen Beitrag für den

Ausbau des internationalen Standortes Bonn leisten. Wir führen zurzeit Gespräche mit dem Bund, die Liegenschaften unter Festschreibung entsprechender Nutzungsoptionen an diesen zu veräußern. Dies soll ohne ein öffentliches Ausschreibungsverfahren, gleichwohl zum vollen Wert der Immobilie, ermittelt durch ein Wertgutachten geschehen. Um das zu erreichen, bedarf es einer entsprechenden Ermächtigung durch den Haushaltsgesetzgeber. Einen entsprechenden Vorschlag der Landesregierung finden Sie in § 15 Abs. 6 des Entwurfes des Haushaltsgesetzes 2016.

Auch damit glauben wir, den Standort Bonn und seinem Ruf als wichtiger Akteur im Bereich der internationalen Beziehungen und der Eine-Welt-Politik insgesamt gerecht zu werden. Das gilt auch für die Aktivitäten der Landesregierung. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und die Geduld.

(Beifall)

Vorsitzender Nicolaus Kern bittet, dem Stenografischen Dienst den Sprechzettel zur Verfügung zu stellen. – Es sei vereinbart worden, heute keine Diskussion zu führen. Er verweise auf die nächsten Ausschusssitzungen, auf denen dann die Haushaltsdebatte geführt werden solle.